

im Fachausschuss über den vorliegenden Antrag zu diskutieren, sondern er hier sofort abgestimmt wird.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Frau Beer, wenn Ihnen tatsächlich so viel am Diskurs gelegen ist, sollten Sie auch für sich akzeptieren, dass Sie nicht die allein selig machende Inklusionspolitikerin hier im Hause sind,

(Beifall von der FDP und der CDU)

sondern dass es auch andere Leute gibt, die eine dezidierte und überlegte Meinung vortragen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht nicht um Parteitaktik, wenn man beim Weg unterschiedliche Auffassungen hat, sondern es geht um die Kinder in Nordrhein-Westfalen, für die wir Verantwortung tragen.

Ich möchte noch einmal auf zwei Punkte kommen, bei denen zwischen uns erhebliche Unterschiede im Weg sichtbar werden:

Das eine ist das Tempo. Wir haben ein Problem damit, dass Sie mit einem Rechtsanspruch den Eltern Dinge andeuten, die letztendlich aufgrund der von Ihnen nur mangelhaft erbrachten Vorbereitung in der Praxis nicht umsetzbar sind.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir wollen an den Anfang eine solide Vorbereitung stellen.

Das Zweite ist die Zukunft der Förderschulen. Der Grund, warum unser Entschließungsantrag so spät gekommen ist, ist, dass wir gestern noch bis Mitternacht den Aktionsplan eingearbeitet haben, in dem steht, dass Förderschulen, die sich auch für andere Kinder öffnen wollen, in allgemeine Schulen umgewandelt werden müssen. – Ich verstehe nicht, warum Sie den Förderschulen an allen Stellen Knüppel zwischen die Beine werfen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir sollten die Förderschulen zum integralen Bestandteil des Inklusionsprozesses machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben drei Abstimmungen vor uns.

Wir stimmen erstens über den **Antrag** von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/118** ab. Es ist direkte Abstimmung beantragt. Wer ist für diesen Antrag? – SPD, Grüne und Piraten sind dafür. Wer

ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Sechs Enthaltungen in der Fraktion der Piraten. Das ändert nichts an der Mehrheit für den Antrag. Der Antrag ist **angenommen**.

Wir kommen zweitens zum gemeinsamen **Entschließungsantrag** der Fraktion der Christdemokraten und der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/168**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Erwartungsgemäß die Fraktion der Piraten und die Fraktion der CDU.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft auf dem Weg zu Minister Guntram Schneider.)

– Das regeln wir gleich nach.

(Heiterkeit – Zuruf: Heh! – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wer ist gegen diesen Antrag? – SPD-Fraktion und Grünen-Fraktion. Gibt es Enthaltungen?

(Die FDP enthält sich.)

Das ist nicht der Fall. Damit ist das Ergebnis ...

(Zurufe von der FDP)

– Pardon, ich schaue immer nur dahin.

(Vizepräsident Oliver Keymis weist auf die Piraten. – Beifall von den PIRATEN)

Aber es freut mich, wenn das Ganze so lebendig abläuft. Da guckt man bei den Enthaltungen genauer hin, und jetzt sehe ich es auf einen Blick: Die FDP-Fraktion enthält sich geschlossen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den **Entschließungsantrag** der FDP **Drucksache 16/172** ab. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die FDP-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – SPD und Grüne. Gibt es Enthaltungen? – Bei der Fraktion der Piraten und bei der Fraktion der CDU Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

3 Bekenntnis zur Jugendbeteiligung mit Leben füllen – Verantwortung des Landes wahrnehmen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/44

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Hafke das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir am Ende eines arbeitsreichen Plenarjahres sind, darf ich Sie bitten, den Raum leiser sprechend oder am besten schweigend zu verlassen, damit sich der

Redner Gehör verschaffen kann. – Herr Kollege Hafke, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der eine oder andere wird vielleicht gerade das Gefühl eines Déjà-vu haben. Das Gefühl täuscht nicht. Bereits zu Beginn der letzten Legislaturperiode haben wir als eine der ersten Initiativen den Antrag zur Jugendbeteiligung eingebracht. Nun bringen wir ihn erneut als eine der ersten Initiativen ein. Das zeigt erstens: Das Thema ist uns nach wie vor wichtig. Es zeigt zweitens aber auch: Es ist in den letzten zwei Jahren nicht viel passiert.

Insbesondere für die neuen Kolleginnen und Kollegen möchte ich noch einmal das bisherige Beratungsverfahren in Erinnerung rufen. Wir haben den Antrag, den wir explizit in der Hoffnung auf eine gemeinsame Lösung eingereicht haben, debattiert. Dabei sind leider sehr viele Dinge vermischt worden. Das war von den Zweiflern unter uns geschickt gemacht, weil man damit die vermeintlichen Hürden für eine Realisierung immer höher gelegt hat. Dabei kommt unser Antrag mit sehr reduzierten und damit konkreten Forderungen daher. Das könnte man, wenn man will, sehr schnell realisieren.

Wir haben dann eine Anhörung durchgeführt, die uns in unseren Forderungen bestärkt hat. Insbesondere die Idee einer Unterstützungsstelle hat einhellig Zustimmung erfahren.

Deshalb haben die Kollegen von den Grünen die Idee mittlerweile abgeschrieben und als eigene Forderung übernommen. Erst nach zwei Jahren ist es SPD und Grünen gelungen, den gewünschten gemeinsamen Antrag mit uns auf den Weg zu bringen. Mit der Neuwahl ist dieser Antrag hinfällig. Da sich die Dinge nicht bewegt haben, möchten wir nun das ganze Vorhaben wieder neu erleben. Wir haben zwei Jahre verloren. Das müsste ein Ansporn sein, um jetzt endlich zu handeln.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Unterstützungsstelle. Wir freuen uns sehr, wenn andere von uns lernen. Insofern ist es ein Anfang, wenn die Grünen diese Forderung übernehmen. Wir freuen uns auch, dass das im Koalitionsvertrag steht. Damit endet dann aber auch die Freude; denn was dort im Koalitionsvertrag steht, ist noch nicht einmal eine Absichtserklärung. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Eine Servicestelle Jugendbeteiligung kann helfen, Initiativen zu unterstützen, die das Ziel der Ausweitung und Verbesserung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene haben.“

Mal abgesehen davon, dass hier allein die kommunale Ebene und nicht das Land angesprochen ist:

Warum schreiben Sie nicht, dass Sie eine Servicestelle einrichten wollen, wenn eine solche helfen kann? – Wir haben hierzu pragmatische Lösungen aufgezeigt, die man ohne zusätzliche Kosten realisieren könnte. Ich erwarte eine klare Ansage darüber, ob Sie das, was Sie für richtig halten, im Ergebnis auch umsetzen möchten.

Zum Thema Neutralität: Wir haben immer dafür plädiert, die Unterstützungsstelle nicht beim Ministerium anzugliedern. Dies nicht deshalb, weil wir nicht die Ministerin stellen, sondern weil wir die Perspektive haben, dass der Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen wirklich in der Landespolitik mitspricht. Das wird er mal im Einklang mit dem Ministerium, mal mit der Mehrheit hier im Haus und manchmal eben auch nicht machen. Wir brauchen deshalb eine neutrale Instanz, die die Jugendlichen unterstützt.

Ich sehe die Entwicklung momentan durchaus etwas kritisch. Das Ministerium bemüht sich zwar um den Kinder- und Jugendrat in Nordrhein-Westfalen. Jetzt haben die jungen Leute sehr hochwertige tolle Werbematerialien in Landesfarben bekommen. Das gönne ich dem Jugendrat auch. Aber mit Beteiligung an sich hat das relativ wenig zu tun. Ich möchte davor warnen, dass der Kinder- und Jugendrat zu stark unter die Fittiche des Ministeriums genommen wird. Das hat mit Beteiligung nichts zu tun. Wir dürfen keine Alibibeteiligung unterstützen.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte Sie deshalb bitten, ehrlich mit den jungen Menschen zu sein. Es gibt also auch Déjà-vus bei den Wünschen. Lassen Sie uns mutig sein und endlich umsetzen, was wir umsetzen können. Wir haben zwei Jahre verloren. Es ist höchste Zeit, dass sich das Landesparlament für die selbstvertretenen Belange von Kindern und Jugendlichen öffnet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Hafke. – Für die SPD spricht Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Marcel Hafke, ich finde, die zwei Jahre waren nicht ganz umsonst. Wir haben doch einige Erkenntnislagen in unseren Gesprächen und in der Anhörung erweitern können. Es war sehr konstruktiv. Gerade wenn man es gut machen will, erfordert Parlamentarismus auch schon einmal Zeit. Natürlich habe ich ein Déjà-vu, weil ich vor zwei Jahren angeboten habe, zusammenzuarbeiten und zu versuchen, gemeinsam im Parlament eine Lösung zu finden. Wir waren wirklich auf einem guten Weg. Letztendlich haben wir einen Antrag erreicht.

Jetzt sind in der Tat zwei Jahre ins Land gegangen und wir haben eine neue Situation. Die CDU wird sich wahrscheinlich nicht einbringen, um eine vernünftige Lösung zu finden. Das hat sie bisher nicht gemacht – warum sollte sie es jetzt machen? Aber wir haben ja jetzt ein paar Seeräuber, die hier mit einer großen Welle gestrandet sind. Ich finde, diese sollten wir ins Gespräch einbeziehen. Es kann ganz belebend sein, über die von uns entwickelten Diskussionsstränge hinaus ein paar Impulse zu bekommen.

Ich finde es nach wie vor sehr richtig, dass sich die FDP von ihrer alten Politik aus den Zeiten, als sie der Landesregierung angehörte, löst. Damals wurden demokratische Rechte für Jugendliche eher abgebaut; Stichwort: Zweidrittelparität. Es weht ein neuer Wind. Ich hoffe, dass mit Christian Lindner eine Kurskorrektur zur Frage des Wahlalters stattfinden wird. Wir müssen als Parlament gemeinsam dafür eintreten, dass Jugendliche in der Tat mitwählen und mitbestimmen dürfen. Ab 16 Jahren ist dies genau der richtige Weg, um Jugendliche an die Demokratie heranzuführen.

Ich muss meine Redezeit gar nicht ausschöpfen. Wir sind sehr froh, dass wir diesen Weg bisher gemeinsam gegangen sind. Wir möchten ihn gemeinsam mit der FDP und jetzt auch mit den Piraten weitergehen. Diesbezüglich sollten wir in Konsolidierungsgespräche eintreten. Die CDU hat sich disqualifiziert, aber das ist nicht unser Problem. Sie sind herzlich eingeladen, dazuzukommen, falls Ihnen danach ist, mit uns zusammen konstruktiv zu arbeiten.

Ich freue mich auf die Beratungen in den Ausschüssen. Lieber Marcel Hafke, ich persönlich glaube, dass wir nicht wieder zwei Jahre brauchen, weil wir in den zwei Jahren schon einiges aufgearbeitet haben. Ich hoffe, dass wir zu einem guten Ergebnis kommen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Jörg. – Für die CDU-Fraktion spricht Walter Kern.

Walter Kern (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Mehr Jugendbeteiligung zu erreichen, ist ein richtiger und zeitgemäßer Weg. Für parlamentarische Arbeit bei Jugendlichen Bewusstsein zu schaffen und das Verständnis für unsere Demokratie zu fördern, ist eine tägliche Herausforderung und liegt in unserem gemeinsamen Interesse.

Den § 6 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes zu praktizieren und Kinder und Jugendliche zu beteiligen, wenn es um Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen geht, ist die konkrete Aufgaben-

stellung. Deshalb begrüßen wir diesen Antrag der FDP.

Allerdings sollten wir das Thema komplexer sehen. Demokratie zu fördern – ob kommunal oder auf Landesebene – ist keineswegs nur durch Jugendparlamente und Partizipationsmodelle möglich, sondern insbesondere auch durch die konsequente Stärkung der wichtigen nonformalen Bildung.

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Jugendarbeit ist ein wesentlicher Schlüssel zur Demokratieförderung, da Jugendliche in diesem Bereich früh in Verantwortung für mehrheitliche Entscheidungen kommen, die sie dann auch gemeinsam tragen müssen. Das gilt bei der Jugendfeuerwehr genauso wie bei den Nachwuchsgruppen der Umweltverbände. Hier wird Persönlichkeit entwickelt und Demokratiebewusstsein gefördert. Hier wird Verantwortung für den Nächsten geschult und übernommen. In diesem vorpolitischen Raum werden die Leistungsträger und Demokraten von morgen geprägt.

Die Chancen, mehr Demokratieverständnis und Mitverantwortung bei Kindern und Jugendlichen zu fördern, liegt nicht nur in parlamentarischen Lösungen, sondern auch in der sorgfältigen Entwicklung des niederschweligen Zugangs zu Partizipationsmodellen in Kindergärten, Schulen und in der Freizeit.

Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, Kinder und Jugendliche müssen spüren und wissen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und dass unsere Demokratie nur funktionieren kann, wenn Verantwortung und Entscheidungen im engen Zusammenhang stehen und ihre Mitwirkung willkommen und erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, Kinder- und Jugendbeteiligung ist kein Selbstzweck. Sie ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und erfordert eine umfassende Unterstützung auf allen politischen Handlungsebenen. Sie sichert unsere demokratischen Strukturen von morgen. Deshalb ist das Ziel des Antrags auch richtig, womit ich sagen will, dass es erforderlich ist.

Die FDP hat einen sinngemäßen Antrag vor knapp zwei Jahren eingereicht. Die Anhörung am 17.03.2011 hat meines Erachtens deutliche Hinweise ergeben, wo wir die institutionelle Unterstützung ansiedeln können – bei den Landesjugendämtern.

Am 23.02.2012 haben dann SPD, Grüne und die FDP einen weiteren Antrag eingebracht. Dessen Behandlung wurde durch Auflösung des Landtages jäh abgebrochen.

Seit der ersten Antragsstellung sind jetzt also zwei Jahre vergangen. Ich nenne das die Offenlegung der Langsamkeit im Schäfer-Ressort.

(Beifall von der CDU)

Wer ernsthaft junge Menschen für parlamentarische Arbeit begeistern will, der muss hier mehr Gas geben. Jugendliche wollen berechtigterweise zeitnahe Entscheidungen. Das gilt auch deshalb, weil die sich schnell verändernde Lebenssituation eine hohe Fluktuation in den Gremien mit sich bringt. Der Jugendlandtag und insbesondere der Kinder- und Jugendrat NRW sind wichtige Plattformen für eine Weiterentwicklung der Partizipation. Darauf können wir aufbauen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jörg?

Walter Kern (CDU): Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Lieber Walter Kern, Sie haben gerade die Langsamkeit des Schäfer-Ministeriums beschrieben. Welche Initiative gab es denn zwischen 2005 und 2010 zur Jugendpartizipation durch die alte schwarz-gelbe Landesregierung?

Walter Kern (CDU): Ich denke, in den Kommunen gab es sehr viele Initiativen. Es gab keine Landesinitiative. Das ist eingestanden. Nichtsdestotrotz ist das ein Antrag der FDP und nicht einer von euch.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, natürlich gab es eine Landesinitiative! Wir haben ein eigenes Programm im Landeshaushalt eingebracht! 250.000 € für die Jugendbeteiligung im Landeshaushalt! – Unruhe und weitere Zurufe)

– Das ist richtig. Herr Jörg, der Hinweis von Herrn Lindner ist richtig. Seinerzeit hat die FDP den Antrag gestellt, diese Mittel einzubringen. Das ist richtig, Christian. Ich kann mich daran erinnern.

Die Beteiligung junger Menschen ist unseres Erachtens eine gemeinsame Aufgabe aller im Landtag vertretenen Fraktionen. Nach Überzeugung der CDU müssen wir ein Gesamtkonzept erstellen, um Kinder und Jugendliche durch Informations-, Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen in den Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken. Deshalb ist nonformale Bildung im Landesjugendplan in besonderer Weise zu nennen. Da haben wir ja auch noch freie Mittel. Damit könnte man schneller an die Ziele kommen.

Anbieter von nonformalen Bildungsangeboten und insbesondere Kindertageseinrichtungen und Schulen müssen in der Förderung von Partizipationsmodellen gestärkt werden. Echte Mitwirkungs- und Mitentscheidungsformen sind so transparent zu entwi-

ckeln, dass Entscheidungswege initiativ und zeitnah beschritten werden können.

Die Kinder und Jugendlichen müssen davor geschützt werden, in ihrem Handeln instrumentalisiert zu werden. Der die Demokratie fördernde Nutzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss durch Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung begleitet werden. Es darf keine Alibibeteiligung Jugendlicher geben. Die Beteiligung muss konkret sein.

(Beifall von der CDU)

Jugendliche müssen spüren, dass ihr Wissen und Können gefordert und geschätzt werden.

Um bei den natürlichen Wellenbewegungen in Jugendparlamenten und anderen Partizipationsmodellen die Qualität der Arbeit zu sichern, sind feste Zuständigkeiten in der Mediatorenbeteiligung erforderlich. Es gilt, das Defizit an Beratungsmöglichkeiten konsequent abzubauen.

In der zunehmenden Entwicklung von Ganztagsangeboten liegt die neue Chance, Schule und Jugendarbeit als Verbindungsstelle für systematische Vernetzung und Kooperation von Beteiligungsformen zu entwickeln. Gerade Jugendliche mit besonderem kulturellem und sozialem Hintergrund werden davon profitieren.

Beteiligungsformen müssen in sämtlichen NRW-Kommunen und im Land sichergestellt werden. Das ist eine gute Aufgabe für die nächsten fünf Jahre.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kern. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Hanses.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über die Reflexe von Herrn Lindner. Wir alle profitieren nämlich von Kinder- und Jugendpartizipation. Je mehr Kinder und Jugendliche wir jetzt ehrlich und konsequent beteiligen, desto größer wird das künftige Innovations- und Kompetenzpotenzial unseres Landes, desto größer wird die Identifikation und Verbundenheit mit Nordrhein-Westfalen, desto größer wird Chancengerechtigkeit und das Interesse an Politik und demokratischen Prozessen in NRW. Es lohnt sich, Kinder und Jugendliche zu beteiligen.

Kinder und Jugendliche haben auch von sich aus den Wunsch, an Entscheidungen mitzuwirken. Sie sind sehr oft der Motor für gesellschaftliche Entwicklungen, um NRW fit für die Zukunft zu machen. Doch dazu benötigen sie die Unterstützung von Erwachsenen. Darüber besteht in diesem Haus anscheinend auch Einigkeit.

Auch die rechtlichen Grundlagen sollten allen bekannt sein: von der UN-Kinderrechtskonvention über die Grundrechte im Grundgesetz, die selbstverständlich auch für Kinder und Jugendliche gelten, über die explizite Formulierung im SGB XIII – Sie erinnern sich: Kinder und Jugendliche sind an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen – bis hin zu unserem Kinder- und Jugendförderungsgesetz in Nordrhein-Westfalen.

Doch nun, lieber Herr Kollege Hafke, greift die FDP mit diesem Antrag in die Mottenkiste vergangener Jahre, als wäre in den vergangenen zwei Jahren nichts geschehen. Dem ist nämlich nicht so. Herr Kollege Kern hat das fleißig nachgelesen. Für alle neuen Kolleginnen und Kollegen kann ich es aber auch gerne noch einmal anführen. Wir hatten nach Ihrem Antrag von vor zwei Jahren, der hier keine direkte Mehrheit fand, im Ausschuss eine ausführliche, hoch kompetente Anhörung. Danach gab es einen gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Daran könnten wir eigentlich anknüpfen, statt wieder ein Rollback zu vollführen. Daran würden wir auch gerne wieder anknüpfen. Alle können das in dem Ausschussprotokoll 15/136 nachlesen. Der Entschließungsantrag hatte die Drucksachenummer 15/4140.

Der Reflex von Herrn Lindner, auf die schwarzgelbe Landesregierung zu verweisen, ist sehr verständlich. Ich konnte es gerade leider nicht laut genug dazwischenrufen: Hätten Sie in der schwarzgelben Regierungszeit nicht den „Pakt mit der Jugend“ gemacht, hätten Sie – dafür hätte ich gesorgt – garantiert die dritte Volksinitiative vor der Tür gehabt. Die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan als wichtigstes Instrument des Landes sind nun endlich auf 100 Millionen € aufgestockt. Das trägt erheblich dazu bei

(Christian Lindner [FDP]: Um die Zukunft geht es! Werden sie in der Zukunft beteiligt?)

– selbstverständlich, Herr Lindner, das werde ich Ihnen gerne sagen –, dass Kinder und Jugendliche in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der Jugendverbandsarbeit, in der Jugendsozialarbeit, in der kulturellen Jugendarbeit und in vielen, vielen anderen Projekten umfassend beteiligt werden können.

Herr Hafke, Sie haben wieder nur das eine Instrument Kinder- und Jugendrat herausgegriffen – wieder nur einen Mosaikstein der Partizipation. Dabei haben die vielen Vorredner doch schon deutlich gemacht, dass Partizipation ganz viele Akteure, ganz viele Methoden und ganz viele verschiedene Instrumente braucht und dass sie nie fertig sein wird.

Ja, der Kinder- und Jugendrat NRW ist wichtig, und wir freuen uns, dass ständig neue Kommunen hinzukommen, die darüber vernetzt werden. – Ja, ich lasse die Frage zu, Herr Präsident.

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt fragen wir noch einmal ganz offiziell: Sie lassen die Frage zu, Frau Kollegin?

Dagmar Hanses (GRÜNE): Selbstverständlich, Herr Präsident.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. Dann soll Herr Hafke jetzt die Frage stellen.

Marcel Hafke (FDP): Wir sind uns einig, dass wir die Partizipation auf kommunaler Ebene ausbauen wollen. Wie sieht es damit aus? Wollen die Grünen die Partizipation auch auf der Landesebene stärken, sodass wir demnächst im Landesparlament und in den Ausschüssen Kinder und Jugendliche mit dabei haben, die auch mitdiskutieren dürfen, also real beteiligt werden, statt über den zweiten Weg eines Verbandes zu gehen? Wie ist die Haltung der Grünen zu dem Thema?

Dagmar Hanses (GRÜNE): Selbstverständlich, Herr Hafke. Das ist auch keine Überraschung.

Aber der Kinder- und Jugendrat ist nach wie vor – ich bleibe dabei – nur ein Instrument, um Kinder und Jugendliche auf der Landesebene zu beteiligen. Ich hoffe, die Ministerin wird das weiter ausführen. Es gab in den vergangenen zwei Jahren viele Instrumente der Beteiligung. So werden Kinder und Jugendliche schon bei der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans beteiligt.

Aktuell, am 12. August, wird die große Jugendkonferenz der Landesregierung stattfinden, an der sich Kinder und Jugendliche jetzt schon über Internetforen beteiligen können, wo sie Fragen stellen und ihre Meinungen einbringen können. 500 Jugendliche aus Essen diskutieren mit Mitgliedern der Landesregierung, auch hier in den Fachausschüssen. Ich denke, wir alle sind uns einig, dass wir hier keine Pseudo- und keine Alibibeteiligung brauchen.

Aber, Herr Kollege Hafke, dazu bedarf es vieler Instrumente, nicht eines einzelnen. Die Drittelparität in den Schulkonferenzen und die Jugendkonferenz haben wir auch schon eingeführt.

Eines muss ich noch ergänzen: Für Demokraten sind Wahlen die originärste Form der Partizipation, Herr Hafke. Geben Sie sich deshalb – das ist auch ein Appell an die CDU – beim Wahlalter mit 16 einen Ruck! Das ist das wichtigste Instrument, um Jugendliche an landespolitischen Entscheidungen zu beteiligen: indem sie ihre zwei Stimmen direkt für dieses Parlament abgeben. Wir freuen uns auch da auf Ihre Beteiligung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Hanses. – Für die Fraktion der Piraten spricht nun Herr Kollege Düngel. Herr Düngel, gehe ich recht in der Annahme, dass das Ihre erste Rede ist?

Daniel Düngel (PIRATEN): Das ist so.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann begrüßen wir Sie als Jungfernredner am Pult. Herzlich willkommen und gutes Gelingen!

(Allgemeiner Beifall)

Daniel Düngel (PIRATEN): Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank für die netten Worte. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Ich freue mich auch darüber – ich stehe heute zum ersten Mal an diesem Redepult –, dass wir über das Thema „Mitbestimmung“ reden. Herr Hafke, Ihnen und Ihrer Fraktion zunächst einmal vielen Dank dafür!

Wir reden über die Beteiligung Jugendlicher, also über ein Kernthema der Piraten. Nicht so schön ist – das macht mir meine erste Rede im Parlament vielleicht ein bisschen leichter –, dass das Auditorium zum jetzigen Zeitpunkt recht übersichtlich ist. Ich hoffe, dass das nicht die Wertschätzung des Themas an sich zum Ausdruck bringen soll.

Ich habe gerade gesagt, dass das ein Kernthema der Piraten ist. Insofern dürfte es nicht überraschen, dass die Piratenfraktion diese Intention vom Grundsatz her unterstützen kann. Wir wollen allerdings in den nächsten Wochen und Monaten darüber reden.

Bei der Recherche zu diesem Antrag war ich überrascht – das ist heute schon thematisiert worden –: Der Antrag ist im Juli 2010 erstmalig eingebracht worden – auch von Ihnen, Herr Hafke. In der damaligen Plenarsitzung haben eigentlich die Redner aller Fraktionen der Intention zugestimmt; sie fanden es irgendwie alle gut. Dem Protokoll der ersten Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend ist zu entnehmen, dass es auch dort alle gut fanden. Alle haben gesagt: Wir machen daraus einen interfraktionellen Antrag und arbeiten einfach daran.

Als ich mir die weiteren Ausschussprotokolle angeschaut habe, habe ich festgestellt, dass davon leider Gottes nicht viel übrig geblieben ist. Ich lese da viel von – ich sage einmal – interfraktionellen Problemen, die entstanden waren, weil die einen nicht mit den anderen zusammenarbeiten wollten, jedenfalls nicht in der Reihenfolge und schon gar nicht auf Grundlage eines Antrages der FDP-Fraktion. Das geht schon mal gar nicht. Jedenfalls ist nicht viel zustande gekommen.

Sie haben es vorhin selber angesprochen: Irgendwann ist dann doch ein gemeinsamer Antrag zustande gekommen. SPD, Grüne und FDP haben ihn

gestellt: Drucksache 15/4140. Ich bin nicht wirklich davon angetan, dass in einem Zeitraum von 20 Monaten – das ist die gesamte Beratungszeit im Plenum und in den Ausschüssen – nichts zustande gekommen ist. Das ist, ehrlich gesagt, kein gutes Zeichen. Dabei war das ein Thema, bei dem sich eigentlich alle Fraktionen einig waren, dass etwas gemacht werden muss. Passiert ist leider nicht viel.

Auch Frau Hanses hat es gerade ganz kurz angesprochen: Ja, wir werden auch über das Wahlalter mit 16 Jahren reden. Das steht glücklicherweise im Koalitionsvertrag; das finde ich toll. Sie wissen, dass Sie unsere Unterstützung haben werden. Auch das ist, glaube ich, kein Geheimnis.

Was ich nicht verstehe – aber ich bin noch neu, ich kann noch lernen, und vielleicht verstehe ich es irgendwann –: Jetzt liegt ein neuer Antrag der FDP-Fraktion vor, der quasi dem alten entspricht. Viel verändert hat sich im Vergleich zu dem ursprünglichen Antrag aus der letzten Legislaturperiode nicht. Warum liegt nicht der Antrag vor, der zumindest von drei Fraktionen vorbereitet wurde? Das ist mir etwas schleierhaft, aber das mag sich vielleicht in den nächsten Wochen noch klären.

Ich bin natürlich auch gespannt, Frau Ministerin Schäfer, wie sich die Regierungskoalition und die Landesregierung einbringen möchten. Im Koalitionsvertrag ist von einer Servicestelle „Jugendbeteiligung“ die Rede. Auch hier ist gerade schon angesprochen worden, dass sehr viel Konkretes dort leider nicht steht, zumindest konnte ich da nichts herauslesen. Herr Hafke hat das eben auch kurz zitiert. Leider sind auch die bisher vorliegenden Anträge nicht deutlich konkreter.

Viele Fragen bleiben offen. Die Anträge und die Schriftstücke beantworten nicht die Frage, wie wir Verbindlichkeit in die einzelnen Gremien bekommen. Sie beantworten nicht die Frage, wie wir es leisten können, dass in allen Kommunen entsprechende Jugendgremien entstehen. Wir müssen darüber reden, wie wir es letzten Endes hinbekommen.

Auch die vielen Anhörungen, die Stellungnahmen von Experten, vom Kinder- und Jugendrat zum Beispiel, sind nicht so wirklich in den Anträgen bislang berücksichtigt. Der Kinder- und Jugendrat fordert zum Beispiel ein ständiges Rederecht im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Beim Durchlesen habe ich mir gesagt: Das macht irgendwie Sinn. Darüber sollten wir vielleicht einmal reden, und vielleicht bekommen wir da auch gemeinsam etwas hin.

Auch in den Schulen muss Politik lebhafter gestaltet werden. Ich hoffe, dass wir auch da auf dem richtigen Weg sind.

Wie auch immer: Wir Piraten sind hier angetreten, um Politik anders zu gestalten. Wir wollen uns eben nicht davon leiten lassen, wer einen Antrag stellt,

aus welcher Ecke dieser Antrag kommt. Ich habe den vorliegenden Antrag in unserem Meinungsbildungstool „LiquidFeedback“ eingestellt; der eine oder andere hat davon vielleicht schon gehört. Der Antrag erhielt, allerdings bei recht geringer Beteiligung, Zustimmung aus unserer Parteibasis. Das bestätigt mir: Die Zielrichtung, die in den Anträgen steht, ist richtig. Ich möchte daher betonen: Wir werden auf dem vorliegenden Antrag aufbauend daran mitarbeiten. – Das Angebot vom Kollegen Jörg nehme ich daher natürlich gerne an und bin gerne bereit, für die Piratenfraktion im Ausschuss entsprechend mitzuarbeiten.

Ich habe daher meiner Fraktion empfohlen, der Überweisung zuzustimmen, und freue mich schon jetzt auf die weiteren Beratungen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Glückwunsch zur ersten Rede, Herr Kollege Düngel, und vielen Dank für den Beitrag! – Es spricht für die Landesregierung die zuständige Ministerin, Frau Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne des Landtages! Ich darf erst einmal Herrn Kern direkt ansprechen. Herr Kern, ich möchte noch einmal auf Ihre Anmerkung von der Langsamkeit des Schäfer-Ministeriums eingehen. Sie gehörten in den zwei Jahren der letzten Legislaturperiode nicht dem Landtag an. Aber es bleibt dabei, dass die Landesregierung auf Anträge des Landtags dann reagiert, wenn sie beschlossen sind. Das ad 1.

Zum Zweiten möchte ich deutlich machen, dass sich die Partizipationsprojekte des Landes nicht darauf beschränken, dass wir jetzt eine Servicestelle als neues Partizipationsprojekt oder als Unterstützung der Partizipation einrichten werden, sondern dass wir in Höhe von 600.000 € jährlich Partizipationsprojekte auf kommunaler Ebene und in den Jugendverbänden unterstützen. Da läuft eine Menge. Dass das immer noch besser werden kann, darüber sind wir uns alle einig.

Ich freue mich auch über das gemeinsame Anliegen, Herr Hafke, das wir in dem Antrag noch einmal untermauert haben: Es ist uns allen gemeinsam sehr wichtig, Teilhabe und Partizipation von jungen Menschen zu stärken. Da kann man immer noch mehr tun als das, was man jetzt sowieso schon tut, und das ist schon einiges. Insofern hat der Antrag auch die Berechtigung, weiter darüber nachzudenken, wie wir die Dinge fortsetzen können.

Aber wir müssen uns noch einmal über eins im Klaren sein – da bin ich Herrn Düngel für seinen Beitrag sehr dankbar –: Die Gesellschaft ändert sich, und auch die Lebenswelten junger Menschen än-

dern sich. Da muss auch Jugendförderung zukünftig ansetzen. Und bei den Beteiligungsformen müssen wir – auch wenn wir diesen Antrag jetzt diskutieren; das ist noch ein weiterer Aspekt – noch einmal über andere innovative Beteiligungsformen nachdenken, die, wie zum Beispiel gerade erklärt, im Internet stattfinden. Diesen Aspekt müssen wir stärker mit aufnehmen. Das halte ich bei der Weiterberatung dieses Antrags für zielführend.

Die Tatsache, dass sich junge Menschen häufig im Internet, über die sozialen Netzwerke austauschen, wird oft von dem Gedanken begleitet, dass sie eigentlich eh politikverdrossen sind und sich gar nicht in die klassischen Dinge einbinden lassen wollen. Ich glaube, das ist auch eine falsche Annahme; denn sie sind alles anderes als politikverdrossen. Ich sehe, wir haben viele junge Zuhörer oben auf der Landtagstribüne. Sie sind also alles andere als politikverdrossen; denn in ihrer Art der Beteiligung, auch im Internet, stecken sehr viele Botschaften. Und da werden wir ansetzen und nach weiteren Möglichkeiten suchen müssen.

Wichtig ist aber ebenso, dass man Teilhabe lernen können und bestimmte Orte haben muss, an denen man es praktizieren kann. Ich verweise auf Herrn Jörg, der gesagt hat: Schule ist ein Bereich, in dem man Partizipation und Teilhabe praktizieren kann. – Die Tatsache, dass wir dieses hier in die Schulmitwirkung wieder hineingeschrieben haben, ist ein erster richtiger Weg, auf den ich noch einmal ausdrücklich verweisen möchte; denn es schult und lehrt junge Menschen in ihren kulturellen und sozialen Kompetenzen, die sie unbedingt brauchen.

Ein weiterer Punkt im FDP-Antrag bezieht sich darauf, dass wir auf Landesebene mehr tun wollen. Das ist richtig. Wir brauchen die Rahmenbedingungen. Im Koalitionsvertrag ist, wie ich finde, auch sehr gut niedergeschrieben, dass wir uns über die Kinderkommission verständigen und die Servicestelle einrichten wollen. Das werden wir von Regierungsseite sehr intensiv und sehr gerne weiter begleiten.

Allerdings möchte ich jetzt noch einmal den Blick auf die lokalen Strukturen richten. Ich war am Sonntag bei dem Workshop unter Palmen dabei und habe mit den Jugendlichen zwei Stunden diskutiert. Dabei ist noch einmal eines deutlich geworden: Auch die Einladung an junge Menschen in Jugendhilfeausschüsse, wenn sie sich denn als Kinder- und Jugendparlament oder als Jugendrat etabliert haben, ist nicht selbstverständlich. Manche müssen sich den Weg dort hinein erkämpfen. Das haben sie sehr kritisch angemerkt. Das ist aber ein Punkt, an dem die Möglichkeiten eines Landes und einer Landespolitik auch eher begrenzt sind. Das geht nur mit Dialog, mit Aufklärung, mit Weiterentwicklung.

Ein weiterer Aspekt: Es gibt immer wieder neue Beteiligungsformen, die wir gar nicht so im Blickfeld haben. Ich will das einmal am Beispiel der Kultur-

hauptstadt deutlich machen. Im Rahmen dieser Kulturhauptstadt hat sich ein Projekt entwickelt, bei dem junge Menschen über das Thema „Next Generation“ nachgedacht haben, wie sie leben, ihre Gesellschaft weiterentwickeln wollen. Daraus haben sie dann Kreativhäuser gebildet. Über diese eigene Koordination, die eigene Kooperation sollten wir uns im Kontext dieses Antrags auch noch austauschen, das heißt uns fragen, wo wir auch da weitere Rahmenbedingungen setzen können, um diese Möglichkeiten zu unterstützen, die junge Menschen sehr intensiv, aber lokal vor Ort nutzen können.

Man muss immer sehr gut aufpassen, was die Landespolitik wirklich leisten kann. Rahmenbedingungen: ja. Aber die Umsetzung muss tatsächlich lokal erfolgen.

Ich glaube, dass dieser Antrag sehr viele gute Aspekte hat, die man aber auch noch weiterentwickeln und ausweiten kann. Wir haben jetzt fünf Jahre Zeit, sollten aber nicht warten, sondern gleich zügig in die Arbeit einsteigen, damit wir dieses Projekt einer eigenständigen Jugendpolitik mit Macht nach vorne bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer.

Damit sind wir am Ende der Debatte und kommen zum Vorschlag des Ältestenrates. Dieser empfiehlt **Überweisung des Antrags Drucksache 16/44 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu:

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen (Nichtraucherschutzgesetz NRW – NiSchG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/125

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung der zuständigen Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Gesetzesentwurf vorgelegt, weil das jetzige, in Nordrhein-Westfalen geltende Nichtraucherchutzgesetz

das bundesweit defizitärste ist. Wir wollen einen Gesundheitsschutz für unsere Bevölkerung, der mit dem geltenden Gesetz vielleicht noch beabsichtigt war, in der Praxis aber derzeit nicht existent ist.

Wir haben ein geltendes Nichtraucherchutzgesetz mit zahlreichen legalen Ausnahmen, die den Nichtraucherchutz konterkarieren, das aber auch so viele Schlupflöcher beinhaltet, dass es überhaupt nicht vollzugstauglich ist. Wir haben Ausnahmen, Grauzonen, aber auch klare Verstöße. Die Einhaltung des Gesetzes ist deshalb nicht kontrollierbar.

Auch heute kann man bei schönem Wetter erleben, dass an den Türen vieler Eiscafés und Eisdielen in Nordrhein-Westfalen ein Raucherclubschild angebracht ist und Eisdielen, Bäckereien oder andere Bereiche einfach zu Raucherclubs umdefiniert werden, was so faktisch nicht zulässig ist, aber trotzdem geschieht. Genau dagegen wehrt sich seit Langem ein großer Teil der Bevölkerung und sagt: Wir wollen einen konsequenten Nichtraucherchutz.

Wir haben aber auch das Problem, dass wir im Hinblick auf die Ausnahmen des Gesetzes auch immer wieder vonseiten der Gastronomen den Hinweis bekommen haben – nicht zuletzt hat das die Evaluierung gezeigt –, dass es eine Wettbewerbsverzerrung ist, wenn die einen das Rauchen erlauben dürfen, weil die Quadratmeterzahl stimmt, weil die räumlichen Möglichkeiten gegeben sind, die anderen aber nicht. Nicht zuletzt haben wir erlebt, dass zahlreiche Vorschriften des Nichtraucherchutzgesetzes Gegenstand von juristischen Auseinandersetzungen sind.

Klar ist aber, dass wir einen konsequenten Schutz brauchen. Auch darüber braucht man sich nicht groß zu streiten. Wir wissen – an wissenschaftlichen Erkenntnissen mangelt es nicht –, dass im Tabak mehr als 70 Substanzen sind, von denen der überwiegende Teil krebserzeugend ist oder im Verdacht steht, es zu sein. Wir wissen, dass jährlich mehr als 3.000 nichtrauchende Menschen in Deutschland an den Folgen des Inhalierens von Tabakrauch sterben. Wir brauchen auch gar nicht über die zahlreichen Herz-Kreislauf-Erkrankungen, über die zahlreichen allergischen Reaktionen und über die vielen Atemwegserkrankungen zu sprechen, die zwar nicht zum Tod führen, aber die Gesundheit belasten.

Allen voran sind Kinder gefährdet, insbesondere Kinder, die schon während der Schwangerschaft und dann als Säuglinge belastet werden. Das reicht bis hin zu Fällen, in denen Passivrauch den plötzlichen Kindstod beschleunigen kann.

Wir müssen deshalb einen Gesundheitsschutz für diejenigen einziehen, die nicht als Gelegenheitsraucher oder Süchtige vom Tabakrauch abhängig sind. Wir müssen einen solchen Schutz für alle gewährleisten und Angebote schaffen, mit dem Rauchen aufzuhören. Für Kinder erhöht sich das Risiko der